

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Stützungsaktion für den Franken.

Einigung zwischen Regierung und Bank von Frankreich.

Paris, 22. Mai (Eig. Drahtbericht). Der Konflikt zwischen der Bank von Frankreich und der Regierung ist beigelegt worden. Nach stürmischen Auseinandersetzungen in einer Besprechung beim Ministerpräsidenten ist es gelungen, eine Einigung zwischen der Regierung und Bank zu erzielen.

Die Interventionen, die von der französischen Regierung auf dem Devisenmarkt von Paris und New York veranlaßt worden sind, haben eine beträchtliche Erholung des Franken zur Folge gehabt. Die Pariser Notierungen für angelsächsische Devisen sind stark gesunken; das Pfund, das vor drei Tagen über 175 erreicht hatte, wurde am Freitag abend mit etwa 150 gehandelt und der Dollar sank entsprechend von 36,50 auf etwa 31. Das Währungsproblem ist jedoch durch diese mit börsenteknischen Mitteln erzielte Erholung des Franken keineswegs gelöst. Um den Franken auf dieser Höhe zu halten, muß die Regierung so rasch als möglich einen Plan zur Sanierung der Währung vorlegen.

Nicht die Goldreserve, aber der Morgansfonds bereitgestellt.

Paris, 22. Mai. (WTB.) Ueber die gestern zwischen den Leitern der Bank von Frankreich einerseits und Ministerpräsident Briand und Finanzminister Péret andererseits geführten Verhandlungen berichten einige Morgenblätter, daß gestern normittag bei Beginn des Ministerrats ein Brief des Gouverneurs der Bank von Frankreich verlesen worden sei, in dem erklärt wird, die Leiter der Bank weigerten sich, die Goldreserve der Regierung zur Verfügung zu stellen, jedoch seien sie bereit, die Interventionsmittel aus dem Fonds Morgans zur Verteidigung des

Franken nutzbar zu machen. Das wurde nach dem „Quotidien“ als ein erstes Entgegenkommen bezeichnet, und auf Grund dieser Entscheidung sind die Verhandlungen mit den Leitern der Bank gestern mittag wieder aufgenommen worden. Schließlich soll nach den Auskünften des „Quotidien“ folgendes Kompromiß zustande gekommen sein: Das Ministerium hat sich mit den Vertretern der Bank von Frankreich über die Verwendung des Morgansfonds verständigt. Ein größeres Pariser Bankinstitut wird auf dem Markt von Paris und New York die Operationen für die Wiederherstellung des Franken leiten. Die Bank von Frankreich behält das Verfügungsrecht über die Goldreserve, aber es ist verabredet worden, daß diese Reserve die Devisenoperationen des französischen Kredits für die französische Devisen unbedingt garantiert. Gewisse Modalitäten über den Bestand der Bank sind noch nicht geregelt. Sie dürften heute im Verlaufe einer neuen Konferenz festgelegt werden.

Abd el Krim auf der Flucht?

Die neue spanisch-französische Offensive.

Paris, 22. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Aus Marokko wird gemeldet, daß der französisch-spanische Vorstoß so erfolgreich verlaufen ist, daß die französisch-spanischen Truppen den östlichen Teil des Rif besetzen und eine einheitliche Front von Abdr zum Uergha herstellen konnten. Abd el Krim soll nicht nur gezwungen worden sein, sein bisheriges Hauptquartier zu verlassen und nach dem Westen des Rif zu flüchten, nach den in Melilla umlaufenden Gerüchten soll er sogar gefangen genommen worden sein.

Die Groß-Hamburg-Frage.

Nach der Veröffentlichung des preussischen Gutachtens.

Nach jahrelangem Stöcken sind die Verhandlungen zwischen Preußen und Hamburg über einen Gebietsaustausch und einen Finanzausgleich zwischen den beiden Ländern jetzt wieder in Gang gekommen, seitdem auf Veranlassung der preussischen Staatsregierung der frühere Minister Dr. Drews gemeinsam mit Graf Roedern eine Denkschrift über die strittigen Fragen ausgearbeitet hat. Diese Denkschrift ist jetzt der Öffentlichkeit übergeben worden und soll offenbar den weiteren Verhandlungen zugrunde gelegt werden.

Hamburg benötigt für die Entwicklung seines Hafens unbedingt eine Erweiterung seines Stadtgebiets, das an allen Ecken und Enden im Hafen auf preussische Gebietsteile stößt. Die Hamburg vorgelagerten preussischen Städte und Gemeinden kommen auf der anderen Seite durch die viel günstigeren finanzielle Situation Hamburgs in eine ebenfalls unerträgliche Lage. Hamburg kann als Stadtstaat auf die Erhebung von eigentlichen Kommunalsteuern beinahe verzichten und ist trotzdem in der Lage, viel größere Leistungen auf allen Gebieten der Kommunalpolitik durchzuführen.

Aus diesen Schwierigkeiten sucht die Denkschrift der von Preußen eingeleiteten Sachverständigen einen Ausweg dadurch, daß im Hafengebiet ein Gebietsaustausch zugunsten Hamburgs stattfinden soll, daß Hamburg zugunsten der preussischen Vorortsgemeinden eine dauernde Verpflichtung zu einem Finanzausgleich bis zu der Höhe eingehen soll, daß diese Gemeinden in ihrer Leistungsfähigkeit nicht hinter Hamburg zurückstehen. Außerdem wird die Einrichtung einer gemeinsamen Verwaltungsstelle für alle das Wirtschaftsgebiet Groß-Hamburgs angehenden Fragen angeregt.

Die preussische Regierung hat offiziell zu dem Gutachten noch nicht Stellung genommen. Man kann aber aus der Lauffache der Veröffentlichung entnehmen, daß die preussische Regierung sich nicht von vornherein auf einen rein partikularistischen Standpunkt zu stellen gedenkt. Die Frage, was aus Hamburg werden soll, ist in der Tat von der allergrößten wirtschaftlichen und politischen Bedeutung, und es muß der dringende Wunsch ausgesprochen werden, daß eine Lösung gefunden wird, die unter Berücksichtigung der Interessen beider Länder doch das für die deutsche Entwicklung notwendige Ziel einer größtmöglichen Förderung des Hamburger Hafengebiets im Auge behält.

Die Aufnahme in Hamburg.

Hamburg, 22. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Das gestern veröffentlichte Gutachten der preussischen Staatsminister a. D. Drews und Graf Roedern wird in der Hamburger Presse als wenig befriedigend bezeichnet. Das „Hamburger Echo“ schreibt: „Von Groß-Hamburg könne man bei Durchführung der vorgeschlagenen Staatsgutachten überhaupt nicht reden. Denn der Zuwachs, den Hamburg im Wege des Gebietsaustausches erhalten soll, sei nur minimal. Wenn Hamburg auch dann noch große Verbindungssummen zahlen sollte, würden ihm die Mittel fehlen, das überreizte Gebiet zu Hafenanlagen und Arbeiterwohnungen mittelfach auszubauen. Die größten Schwierigkeiten dürfte der vorgeschlagene Verwaltungsausgleich bereiten. Hier erkenne man, daß auch ein Aufgehen Hamburgs in Preußen keine Lösung bringen könnte, weil zwischen der Stadt Hamburg und der preussischen Provinz Hannover sowie Schleswig-Holstein die- selben Schwierigkeiten weiterbestehen würden. Nur mit sehr viel

gutem Willen sei mit der schwierigen Frage fertig zu werden. — Der demokratische „Hamburger Anzeiger“ erklärt ebenfalls, daß er an keine Verbesserungen des Verwaltungsausgleichs glauben könne. Das Gutachten wolle die Gebietsfrage im Kleinsten, die Finanzfrage aber im größten Rahmen auf Kosten Hamburgs lösen. — Das „Hamburger Fremdenblatt“ meint, der vorgeschlagene Staatsvertrag stelle immerhin eine annehmbare Regelung dar, wenn auch das Risiko für Hamburg sehr groß sei. Der „Hamburger Korrespondent“ und die „Hamburger Nachrichten“ hoffen gleichfalls, daß man zu einer Verständigung mit Preußen auf Grund des Gutachtens kommen könne. Die „Hamburger Nachrichten“ weisen noch besonders darauf hin, daß Preußen den geringen Gebietsverlust um so eher verschmerzen könne, als ihm die Einverleibung Lippes in Aussicht gestellt sei.

Altonaer Wünsche.

Hamburg, 22. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die städtischen Kollegien von Altona nahmen am Freitag abend mit offen gegen zwei Stimmen eine Entschlieung an die preussische Staatsregierung an, in der erneut auf die unhaltbare Situation der Stadt Altona hingewiesen wird, und ohne Rücksicht auf den Ausgang der Verhandlungen zwischen Hamburg und Preußen die Regelung des Finanzausgleichs mit den preussischen Nachbargemeinden Hamburgs schnellstens gefordert wird. Gleichzeitig wird die preussische Staatsregierung ersucht, mit größtmöglicher Beschleunigung die Eingemeindung der westlich der Stadt gelegenen 9 Gemeinden einschließlich der Stadt Blankenese in Altona durchzuführen.

Volkspartei für Rechtsregierung.

Eine Darstellung des Zentrums.

Die Reichstagsfraktion des Zentrums gibt in der ihr nahestehenden Presse eine Darstellung der Vorgänge, die zum Sturz Luthers und zur Ernennung des Justizministers Marx zum Reichskanzler geführt haben. Darin ist folgende Stelle besonders bemerkenswert:

Die Besprechung mit dem Fraktionsführer der Deutschen Volkspartei wachte in Dr. Adenauer die Ueberzeugung, daß diese Partei weder für jetzt, noch auch nach Erledigung der schwebenden Streitpunkte für absehbare Zeit der Herbeiführung der Großen Koalition, der zurzeit allein möglichen Mehrheitsbildung, geneigt sei. Unter diesen Umständen erklärte Dr. Adenauer sowohl dem stellvertretenden Reichskanzler Dr. Gehler, wie auch der Zentrumskfraktion gegenüber, von dem Vorschlag seiner Person als Reichskanzler gegenüber dem Herrn Reichspräsidenten Abstand nehmen zu wollen. Die Haltung der Deutschen Volkspartei gegenüber Herrn Dr. Adenauer legte ihm auch die Vermutung nahe, daß die Deutsche Volkspartei das zu bildende Kabinett als Vorstufe zu einer Rechtskoalition betrachten wissen wolle. Für das Zentrum ist eine solche Regierung, auch in ihrem Anfangsstadium auf kleinerer Basis, unter den gegenwärtigen Verhältnissen aus außen- und innenpolitischen Gründen nicht diskutabel.

Aus dieser Darstellung ergibt sich, daß der volksparteiliche Einfluß für die gegenwärtige Regierung eine schwere Belastung darstellt, daß auch eine Regierung der Großen Koalition ständigen inneren Kampf bedeuten würde und daß auf die Schaffung stabilerer Verhältnisse nicht zu rechnen ist, solange nicht das Volk deutlicher als bisher bekundet hat, daß es eine Rechtsregierung nicht haben will.

Der belgische Senat nahm am Mittwoch mit der großen Mehrheit von 94 gegen 12 Stimmen den Gesetzentwurf über die 19monatige Dienstzeit an

Die Not der Junglehrer.

Eine brennende Frage.

Von Friedrich Weigelt.

Ein Problem, das seit sechs Jahren auch die breite Öffentlichkeit in steigendem Maße interessiert, ist die Frage, wie den stellungslosen Junglehrern geholfen werden kann. Nach der Uebersicht, die der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung dem Landtage zugehen ließ, besitz Preußen insgesamt 101 807 Lehrer- und Lehrerinnenstellen. Die Zahl der Bewerber und Bewerberinnen beträgt 39 256, das sind 35% Proz. der Stelleninhaber. Davon sind 10 199 als Vertreter im Ausbildungsdienst tätig, 29 057 sind stellungslos.

Preußen steht mit diesem Junglehrerüberfluß fast vollständig allein innerhalb der deutschen Staaten da. Veranlaßt wurde er durch den Zuzug der Flüchtlingslehrer aus den abgetretenen preussischen Gebieten Posen, Westpreußen, Oberschlesien, Schleswig und Abelnland. Hier zeigen sich die partikularistischen Bestrebungen der übrigen deutschen Staaten. Sie lehnten es ab, trotzdem der Krieg eine Angelegenheit des ganzen Deutschland war, die Folgewirkungen auf diesem Schul- bzw. Beamtengebiet gemeinsam zu tragen, indem sie sich auf ihre landesgesetzlichen Rechte beriefen. Dadurch entsteht der seltsame Widerspruch, daß zu derselben Zeit, in der der preussische Kultusminister erklärt, er wisse nicht, wie dem Junglehrerüberfluß beizukommen sei, die Länder Mecklenburg und Hamburg neue Lehrerbildungsgesetze vorlegen, deren rasche Erledigung mit der Begründung gefordert wird, daß in kurzer Zeit in diesen Ländern ein katastrophaler Lehrermangel herrschen werde. Auch Sachsen und die meisten anderen deutschen Staaten beschäftigen ihre Lehramtskandidaten bereits im Schuldienst mit vollem Gehalt. Bayern gewährt seinen etwa 3500 Junglehrern eine monatliche Entschädigung, die als Unterhaltzuschuß bezeichnet wird. In Preußen dagegen sind noch mit wenigen Ausnahmen die Schulamtsbewerber, die 1919 ihre Prüfung machten und die Bewerberinnen von 1914 außerhalb der Schule. Die Not dieser Stellungslosen wird erst ganz erfährt, wenn man in Betracht zieht, daß sie als Beamtenanwärter der Gruppe VII nicht das Recht haben, Arbeitslosenunterstützung zu beziehen.

Rund sind unter dem Ministerium Böhm 1 600 000 M. in den Etat eingestellt worden, die einem kleinen Teil der Bewerber als Fortbildungszuschüsse in Höhe von 25 bis 75 M. monatlich ausgezahlt werden. Dafür müssen wöchentlich sechs bis zehn Hospitantenstunden geleistet und die Arbeitsgemeinschaften für Lehrerfortbildung besucht werden. Da der Hospitant nur am Morgen während der Unterrichtszeit in die Schule kommt, so ist es ihm nicht möglich, irgendeine Nebenarbeit auszuführen, denn selten werden Betriebe ihren Aushilfen in dieser Zeit Urlaub gewähren. Der junge Lehrer ist also vollständig auf den geringen Beitrag des — schon mit Absicht nicht Unterhaltzuschuß genannt — Fortbildungszuschusses angewiesen. Die übergroße Mehrzahl aber steht vollständig mittellos da.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte bei der Beratung des Haushaltsplanes für 1925 zur Unterstützung der Junglehrer auf Antrag Löwenstein sechs Millionen gefordert, die auch in der dritten Lesung angenommen wurden. Dabei wurde geltend gemacht, daß auch Staaten und Gemeinden je eine gleiche Summe zu demselben Zwecke aufbringen sollten. Leider strich der Reichsrat die Hälfte, so daß noch drei Millionen übrigblieben, und der Sparschuß des Reichstags für diese Summe abermals um 20 Proz. Es ist zu hoffen, daß die restlichen 2 400 000 M. recht bald den Ländern zur Verfügung gestellt werden und zur Auszahlung kommen.

Im Hauptauschuß des Preussischen Landtags wurde jetzt die Summe von 1 100 000 M., die für Fortbildungszuschüsse eingesetzt waren, auf fünf Millionen Mark erhöht. In der Begründung zu diesem Antrage hob der Abg. Simon von der sozialdemokratischen Fraktion hervor, daß 1913 der Kultusetat 24 Proz. des Gesamtetats darstellte, während es heute nur noch 16 Proz. sind. Etwa acht Millionen erspare Preußen allein an der Lehrerbildung, die 1914 15 581 313 M. erforderte und heute in Form eines Abwicklungsfonds nur 6 376 200 M. beansprucht. Der Finanzminister aber forderte noch eine weitere Kürzung des Etats.

Demgegenüber ist zu fordern, daß durch Herabsetzung der Klassenfrequenz der junge Lehrer die Möglichkeit bekommt, in den Schuldienst zu treten, damit er aus dem unwürdigen Zustand eines Dauerhospitanten mit schlechter Bezahlung herauskommt. Ein Länderausgleich würde die Unterbringung der Stellungslosen beschleunigen. In Schupo, Posen und Fortbildungsschulen sind oft noch Lehrer mit Doppelbeschäftigung untergebracht. Auch hier würden durch Ablösung der nebenamtlichen Lehrkräfte und durch Ersatz hauptamtlich Beschäftigter sich Unterbringungsmöglichkeiten in großer Anzahl ergeben. Das preussische Kultusministerium sollte im Sinne eines Antrages, der in den Hauptauschußverhandlungen von sozialdemokratischer Seite gestellt wurde — „Das Staatsministerium wird ersucht, alle zur Abhilfe der Junglehrernot gefassten Beschlüsse des Landtags in die Tat umsetzen“ — endlich handeln. Es besteht die Gefahr, daß die in den Junglehrern wachen, jugendstarken, vom Ideal befehlten Kräfte zum müden Skeptizismus umschlagen. Nicht ohne Grund fürchten, wie der Abg. Schulz von den Deutschnationalen es bei der Junglehrerdemonstration im Lehrervereinshaus hervorhob und wie es auch der Verlauf dieser Kundgebung zeigte, die rechten Parteien die

radikale Einstellung der Junglehrerschaft. Sie wendet sich zum größten Teile mit ihren Sympathien dem Sozialismus zu. Der junge Staat aber würde durch ihre Schularbeit tatkräftigste Unterstützung finden. Er möge diese Kräfte nicht abstoßen, es würde sich bitter rächen.

Verfolgte Unschuld.

Wulle will es nicht gewesen sein.

Reinhold Wulle ist sehr ärgerlich. Der preussische Untersuchungsausschuss hat es ihm angetan. Weniger durch Grütze-Verhörer Belastungsausagen, als durch das Referat des Vertreters der Staatsanwaltschaft ist Reinhold Wulle als unwürdigster Schwere erschütterter. Er und sein Freund, Herr Kube, der junge Mann der Deutschösterreichischen Freiheitspartei mit dem Ohrfeigengesicht haben zwar bisher für den Untersuchungsausschuss nicht viel übrig gehabt und mit schnoddrigen Redensarten ein Erscheinen abgelehnt. Aber jetzt scheinen sie es doch für zweckmäßig zu halten, zu reden, und Reinhold Wulle redet. Drei Spalten seines östlichen Leiborgans füllt er mit einer langen Vitae. Man liest sie einmal, man liest sie zweimal und schließlich, weil man befürchtet, es könnte einem doch etwas entgangen sein, ein drittes Mal und geht sich am Ende, daß Herr Reinhold Wulle eigentlich garnichts gesagt hat.

Reinhold Wulle's Klage ist sehr einfach: Sepering hat Schuld, Sepering hatte die Deutschösterreichische Freiheitspartei, diesen Edelklub linker Ariergestalten, verboten. Was Wunder, daß es deswegen im Jahre 1923 bei Reinhold Wulle zugeht, wie in einer — Judenschule! Es war ein schreckliches Durcheinander. Reinhold Wulle schildert es bewegt. Er wüßte nicht mehr ein noch aus, niemand konnte er trauen, lauter Spiegel drängten sich an ihn heran, jeden Tag mußte er seine Bureauräume räumen lassen, um die Arier loszuwerden, die von ihm Geld und Unterstützung erbat. Wie konnte Reinhold Wulle unter solchen Umständen Mordgedanken in seinem reinen Busen hegen? Nein, das ist eine Verleumdung. Kein Engel ist so rein, wie er. Er war gegen jede Gewalt. Vorsichtshalber verpackt er allerdings, „unter den damaligen Umständen“. Er ist also eine Art Gegenstück zu den Kommunisten, die es auch für zweckmäßig halten, unter den „heutigen Umständen“ den Butschismus lieber abzugeben. Reinhold Wulle sieht voller Hoffnung der gerichtlichen Verhandlung entgegen, wahrscheinlich hat er nicht Unrecht: die Richter waren für seine Gleichheit immer noch gnädig. Und sollte sich wirklich für die Herren Wulle und Kube ein Richter finden?

Puttschisten muß man fest anpacken!

Der „Tag“ sagt es.

In Hugenberg's „Tag“ von heute morgen liest man:

Fürst Biemarck sagte einmal: „Zuweilen besteht das echte Wahlvolk darin, Blut zu vergießen, das Blut einer aufrührerischen Minorität zur Verteidigung der ruheliobenden und dem Befehl gehorchenden Majorität. Eine Regierung muß konsequent sein. Die Festigkeit, ja sogar die Härte einer herrschenden Macht ist eine Bürgschaft des Friedens, sowohl nach außen wie nach innen.“

Die Geschichte kennt Beispiele für ein solches Vorgehen auch auf politischem Gebiet. So forderte der englische Premierminister William Pitt in einer Rede vom 16. Mai 1794 die vorübergehende Aufhebung der Habeas Corpusakte, die jedem Engländer persönliche Freiheit gewährt, als in den Revolutionskriegen gegen Frankreich revolutionäre Umtriebe im eigenen Lande aufgedeckt wurden, die auf das kämpfende englische Heer überzugreifen drohten. Das englische Parlament bewilligt diese Forderung in der Erkenntnis der Gefahr, und die Bewegung wird niedergedrückt. Zum Unglück des deutschen Volkes hat es 1917 und 1918 in der Schicksalsstunde des Reiches ein solches Par-

ment nicht befehlen. Die Frage des Eingreifens wurde nach formal-juristischen Gesichtspunkten geprüft und entschieden.

Ueber die Meinung, während des Krieges habe es in Deutschland ein Uebermaß von persönlicher Freiheit gegeben, wollen wir mit dem „Tag“ nicht streiten. Wichtiger als die Vergangenheit sind Gegenwart und Zukunft. Für sie lehrt der „Tag“ die Republik, wie „eine aufrührerische Minorität“ zu behandeln ist und wie der Reichstag die deutsche nationale Interpellation über die preussische Aktion gegen Claj und Konforten erledigen soll. Auch die „formal-juristischen Gesichtspunkte“, die jetzt von der gesamten Rechtspreffe zur Verteidigung der Rechtspflichten vorgeschoben werden, finden durch den „Tag“ eine trefflichere Würdigung.

Waffen zur Bolschewistenrevolution.

Der Filmkostümverleih liefert sie.

Unter der Ueberschrift „Russische Gewehre in Berlin gefunden“ berichtete gestern die Nachtausgabe des „Tag“ in auffälligem Druß über einen Waffenfund, dessen wirklicher Tatbestand dem „Berliner Tageblatt“ folgendermaßen gemeldet wird:

Einen recht lustigen Beigeschmack hatte gestern nachmittag die Zwangsgestellung von elf Mitgliedern des Roten Frontbundes in der Komintener Straße. Passanten beobachteten diese jungen Leute, die große schwere Pakete bei sich führten, und ängstliche Gemüter riefen das Ueberfallkommando herbei in der Annahme, daß die Betreffenden gestohlene oder requiriertes Eigentum fortschleppten. Die Beamten der Schutzpolizei nahmen die elf Personen fest und brachten sie mit ihren großen Paketen nach dem Polizeipräsidium, wo sie sofort der Abteilung Ia vorgeführt wurden. Hier öffnete man die Pakete und fand darin elf Gewehre, drei Bajonette und drei Pistolen. Zur allgemeinen Ueberraschung der Polizeibeamten, die schon einen wichtigen Waffenfund gemacht zu haben glaubten, erklärten die Festgehaltenen, daß es sich um Waffen handelte, die sie von einem Filmkostümverleihsgehilfe zur Aufführung einer Revue am Sonntag geliehen hätten. Es handelte sich um ganz alte Modelle 71, die auch nicht ablieferungspflichtig sind. Nachdem der Sachverhalt einwandfrei festgestellt worden war, konnten die Sittierten mit ihren „Waffen“ das Präsidium wieder verlassen.

Wie die „B.Z.“ meldet, ist eine Urlaubssperre für die Pflingsttage über die Berliner Reichswehrtruppenteile verfügt worden. Die Reichswehr wird zwar nicht „bereitgestellt“, aber sie bleibt kaserniert. Mit Recht kritisiert die „B.Z.“ diese Maßnahme und fragt, ob noch immer eine geheime Verbindung zwischen Reichswehrstellen und völkischen Wünschen und Forderungen besteht.

Wenn die Nachricht der „B.Z.“ über die verfügte Urlaubssperre und die Kasernierung der Reichswehrtruppenteile zutrifft, so ist das eine Maßnahme, gegen die man im Interesse der Reichswehrsoldaten, denen man auf diese Art in ganz überflüssiger Weise die Pflingstfeiertage verdirbt, nicht entschieden genug protestieren kann. Wenn die zuständigen Stellen glauben, daß sie damit unter den Reichswehrmannschaften eine ererbte Stimmung gegen die „Roten“ erzeugen können, so ist das eine gefährliche Rechnung, denn in Wirklichkeit wird sich diese Erbitterung gegen die rechten, die diese ganz überflüssige und schikanöse Maßnahme gegen die Soldaten getroffen haben; das werden die Reichswehrsoldaten um so stärker empfinden, wenn die Pflingsttage vorüber sind, ohne daß auch nur das geringste passiert sein wird.

In auffälligem Gegenlag zu dieser Kasernierung der Reichswehr steht die Tatsache, daß neben anderen Mitgliedern des Reichsabinetts der gegenwärtige stellvertretende Leiter des Reichswehrministeriums, Dr. Ritz, einen Pflingsturlaub nach Zittau angetreten hat. Damit wird am besten dokumentiert, daß man in führenden Reichswehrkreisen ebensowenig wie sonstwo an die „kommunistische Puttschgefahr“ glaubt. Es bleibt daher für die Urlaubssperre und Kasernierung nur die eine Erklärung noch übrig: daß man in der Bendlerstraße eine Verbindung zwischen Reichswehrsoldaten und Roten Frontkämpfern vermeiden möchte:

offenbar weil man befürchtet, daß durch diese Berührung die Roten Frontkämpfer vom „unpolitischen Geist“ der Reichswehr angesteckt werden könnten. Oder etwa umgekehrt?

Die Reaktion in der Kirche.

Synodalbeschluss gegen einen sozialistischen Pfarrer.

Die Kreisynode des Berliner Kirchenkreises Friedrichswerder II hatte dieser Tage wieder einmal eine Sitzung, die sich zunächst mit innerkirchlichen Dingen beschäftigte. Nachdem sie vier Stunden gelaufen war, wurde plötzlich nach der Mittagspause von dem volksparteilichen Pfarrer Lutzer beantragt, den Fall Bleier auf die Tagesordnung zu setzen. Das war eine bössartige Ueberrumpfung der Synode wie des sozialistischen Pfarrers Bleier, der sich vor der Mittagspause bereits hatte beurlauben lassen müssen, weil er nachmittags an zwei Trauerfeiern teilnehmen mußte.

Der „Fall Bleier“, der in dieser Art zur Sprache kam, ist in Wirklichkeit ein „Fall der kirchlichen Reaktion“, wie er ausgesprochen nicht in Erscheinung treten konnte. Dem Superintendenten des Kirchenkreises war nämlich Bleiers Eintreten für die Fürsteneinteignung in die ehrwürdigen Gebeine gefahren. Er hatte deshalb schon vorher dienstliche Auskunft über Bleiers politische Betätigung verlangt — eine Sache, die ihn gar nichts angeht. Aber jetzt in der Synodalversammlung entließ sich der ganze Jörn der reaktionären Amisbrüder über das Haupt des abwesenden Sozialisten. Der deutschnationale Pfarrer Philipps machte den Staatsanwalt. Wie die Dinge verliefen, schildert uns ein Mitglied der Synode, das nicht den Talar trägt, mit folgenden Sätzen:

Was ich in dieser einen Stunde des Referats und der Aussprache in der Synode erlebt habe, ist mir trotz meines Alters noch auf keinem Kongress vorgekommen. Mit welchem heiligen Haß und welcher „christlichen“ Liebe hier gegen einen Amiskollegen vorgegangen wurde, spottet aller Beschreibung. Den Haß der Arbeiterschaft gegen die Kirche kann ich nunmehr vollkommen verstehen. . . .

Auf Antrag des Deutschnationalen Philipps wurde folgender Antrag zur Fürsteneinteignung angenommen:

Die Kreisynode sieht die Frage der Fürsteneinteignung als eine zivilrechtliche Frage an. Sie bedauert, daß sich die politischen Parteien dieser Frage bemächtigt haben und die Volksherrschaft ausgeheilt ist, durch Volkseigentum die Familien ihres Eigentums zu berauben. Warnend erhebt sie ihre Stimme und bittet ihre Gemeindeglieder, sich an diesem Unrecht nicht zu beteiligen.

Die Synode macht sich also selbst zum Grafshüter des dem Volke geraubten Fürsteneigentums. Für die Pfarrer der evangelischen Kirche (Kreis Friedrichswerder II) gilt das Bibelwort nicht mehr: „Du sollst nicht Schätze sammeln, die die Wösten und der Rost fressen.“ Für sie gilt nur das Wort: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben!“

Mit solcher Auffassung der christlichen Pflichten wird die evangelische Kirche der Großstadt allerdings die wenigen Anhänger nur vertreiben, die sie bisher noch in Arbeiterschichten hatte!

Für den Volksentscheid.

Rundgebung des Deutschen Friedensartikels.

Das Deutsche Friedenskartell wendet sich an die Mitglieder aller ihm angeschlossenen Organisationen, um sie aufzufordern, für das vom Volke begehrte, die entschuldigungslose Enteignung der Fürsten aussprechende Gesetz zu stimmen. Diejenigen Positionen, die in der entschuldigungslosen Enteignung der Fürsten nicht die ideale Lösung erblicken, erkennen doch, daß, nach Lage der Dinge, da jede Aussicht auf rechtzeitige Verabschiedung eines sie befriedigenden Gesetzes geschwunden ist, die Annahme des vom Volke begehrten Gesetzes ein weit geringeres Uebel wäre, als seine Ablehnung, denn die ungeheuerlichen Summen, die den Fürsten gerettet würden, kämen vor allem der nationalistischen Reaktion, kämen der Vorbereitung des Rachekrieges zugute.

Ein Bühnen-Bilderbogen.

Aufführung in der Volksbühne.

Paul Jech's eigenartiges Bühnenwerk, „Das trunkschiff“, das gestern die Volksbühne am Bülowplatz herausbrachte, ist nur mit der Vorrede zu verstehen, mit der Jech sein Buch einleitet, und die im Beginn des Stückes auf die Leinwand projiziert wird: „Dieser Ballade liegt Stofflich das Schicksal des Menschen Jean Arthur Rimbaud, geb. am 20. Oktober 1854, gestorben am 10. November 1891 im Hospital de la Conception zu Marseille, zugrunde. Er war mit 17 Jahren der berühmteste (und genialste!) Dichter Frankreichs, warf den Krempel Literatur fort und verließ achtzehn Jahre lang das Leben eines Menschen, dem die Welt wahrhaftig zu klein ist. Teile seines dichterischen Werkes sind dieser Ballade einverleibt worden. Die Anekdote weicht nur an wenigen Stellen von den historisch belegten Begebenheiten ab. Über darauf kommt es hier gar nicht an.“

Das ungeheure Leben eines Menschen, dem die Welt zu klein geworden ist. . . Der deutsche Gedichtband Arthur Rimbauds enthält seine Lebensgeschichte. In Wirklichkeit ist sie von einer Abenteuerlichkeit, wie sie sich das Hien sensationslüsterner Journalisten nicht phantastischer ausmalen kann. Rimbaud stürzte über Schicksale und Länder. Er war ein Befreier, den die Zivilisation Europas anerkante und der in grandiosem Schwung alle gesellschaftlichen und moralischen Hemmungen über den Haufen warf.

Ein herrlicher Vorwurf für einen Dramatiker. Paul Jech verjagt Rimbauds geklopften Lebenswille in achtzehn kurzen Bildern darzustellen und nennt sein Werk eine szenische Ballade. In Form und Inhalt erinnert sie an Arnold Bronnens „Dispolzug“, das Drama, in dem nur ein einziger Darsteller spielt. Im trunkenen Schiff sind viele Schauspieler beschäftigt. Im Grunde hat es aber nur anderthalb Rollen, die Dichter Arthur Rimbaud und Paul Verlaine, der den jungen Rimbaud entdeckt hat. Verlaine ging an seinem geliebten Freund zugrunde, da er sich nicht von ihm losmachen konnte, als dem europamüden Stürmer auch der Pariser Literat anzusetzen begann. Paul Jech ist es nicht gelungen, dies Schicksal zur großen Tragik auszumünzen. Das Winkeln der Szenen zwischen Rimbaud und Verlaine erscheint als Ausbruch weiblicher Hysterie. In den übrigen Bildern sind zwar die ungeheuren Energien eines Menschen vom Ueberformat angedeutet, Jech bringt sich aber um die Wirkung, indem er Rimbaud zu einem geführenden Literaten stempelt, der bis zum Ueberdruß hochgestellte Sentenzen von sich schleudert.

Dennoch war die Aufführung in Erwin Piscators Inszenierung ein Erlebnis, das nicht leicht vergessen werden wird. Um den Szenenwechsel für die aufgeführten sechzehn von Paul Jech's achtzehn Bildern ohne Zeitverlust aneinanderzureihen, hat er die Bühnenbilder auf eine dreigeteilte weiche Wand projiziert. Die Projektionsbilder stammen von Georges Gros und bilden in ihrer anfangenden Schärfe den schönsten Reiz des Abends. Piscator verwendet auch in einer Szene den Film — man muß sagen, mit gutem Recht und in eindrucksvoller Gestaltung.

Die große, schwere Rolle des Rimbaud hatte man Karl Ludwig Achaz anvertraut. Vor längerer Zeit, als Achaz den

Hamlet spielte, erlaubte ich mir, die Volksbühne darauf hinzuweisen, daß man für eine Aufführung des Hamlet zunächst einmal einen Darsteller für den Hamlet haben müßte: das selbe gilt für „Das trunkschiff“. Vielleicht wäre die Vorstellung zu einem vollen Erfolg geworden, wenn man sich einen Darsteller herangeholt hätte, der seiner Aufgabe gewachsen ist. Achaz besitzt nur eine dürftige Stala von Ausdrucksmöglichkeiten, die sich stets wiederholen. Er stürzt sich mit Berge in seine Rolle und hat sich bereits in den ersten Szenen völlig ausgegeben. Es gelingt ihm nie, so befehlen er auch spielt, dem Kraftmenschen Rimbaud Leben einzublasen.

Paul Jech's szenischer Ballade fehlt ein Erfordernis des Theaters: die Dramatik. Sein Verdienst bleibt aber der Hinweis auf den großen französischen Lyriker, von dem eine Strophe hier wiedergegeben werden soll:

Und ich, der mit furchtlos gewölbten Brauen
Höll'en und Himmel zerhau'n vorn auf dem Bug —
Ich fürchte das Festland Europa mit seinem grauen verwitterten
Mauerdruß.
Ernst Degner.

„360 Frauen“ im Theater in der Klosterstraße. Das kleine Theater in der Klosterstraße, das sich im vergangenen Winter die Sympathien seiner Besucher erworben hat, beginnt nun die Sommerpielzeit mit einem Schwank des Geschwisterpaars v. Wenzel, der trotz seines etwas knalligen Titels sehr geschmackvoll und nicht weniger wichtig ist. 360 Frauen — in jedem Monat drei, das macht im Jahre sechshundertsechzig und in zehn Jahren 360. Und diese 360 Frauen, lies: Blüten, hat Herr Wolfgang während seines Junggefellensdaseins umgaukelt wie ein Schmetterling. Hier ein bißchen, dort ein bißchen — das war schmerzlich viel für sein: Lotte, besonders darum, weil sie's am Hochzeitabend erfahren mußte. Und wer hat ihr zu diesem Geheimnis verholfen? Die liebe Freundin, das Fräulein Doktor, das mit Draufgängerium und noch mehr Ungeschick die „verflochtene Frau“ bezweien will. Die Schwankverfasser haben die Sache würzig eingerührt; Lebensschmerz und Wärme werden aber vor allem durch die ausgezeichnete Darstellung der Schauspieler vermittelt. Die Regie von Dy Tollen ließ alles im Galopp über die Bühne gehen, so daß es nirgends eine müde Stelle gab. Dy Tollen als bedrängter Chemann, den man am Hochzeitabend um das Eine bringt, verdient ebenfalls Anerkennung, wie sie ihm als Regisseur zukommt. Sprache, Gebärde und Mimik: sehr schön; eine geschlossene Leistung. Seine Partner halten sich auf gleicher Höhe. Eva Farid, von mitreißender Lebhaftigkeit und doch immer allerliebst, Mila de la Chapelle, reizend überzeugend in ihrer Rolle, Harry Förster, kernig, gutmütig, humorvoll als Messerschneider, und Maria Hosen, schlaffig und deulich als Mädel aus Sachsen (sie müßte sich allerdings darum bemühen, ein wenig gelöst zu spielen), alle sind zu loben. — Gute Reise in den Sommer!

Die deutschen Verleger zum Schundliteratur-Gesetz. Der Deutsche Verlegerverein hat jetzt in seiner Hauptversammlung zum Gesetz über Bewahrung der Jugend von Schund- und Schundliteratur Stellung genommen. Ein Vertreter des Vereins hat in einer Interpellation dem Minister des Innern mitgeteilt, daß das Gesetz in seiner jetzigen Form für den Buchhandel untragbar sei, was der Minister

durchaus anerkannt hat. Als Bedingungen formulierte der Verlegerverein folgende: Anträge auf Beanstandungen können nur von Landeszentralbehörden und Landesjugendämtern ausgehen. Die Kommissionen bei den Ländern können nur mit einer qualifizierten Mehrheit entscheiden. Eine Oberprüfstelle müßte beim Reich eingerichtet werden, die als Berufungsinstanz einstimmig zu entscheiden hätte. In dieser Berufungsinstanz müßte auch der Buchhandel vertreten sein. Auch der Verlegerverein der deutschen Buchhändler hat sich diese Forderungen zu eigen gemacht.

515 000 amerikanische Worte. Ein „Neues Standard-Wörterbuch“ der amerikanischen Sprache ist von Dr. F. H. Vizetelly veröffentlicht worden. Dieses Verikon, das den gesamten englischen Sprachgebrauch umfaßt, der in den Vereinigten Staaten angewendet wird, enthält 515 000 Worte. Der Verfasser hat gefunden, daß der durchschnittliche Amerikaner höchstens 10 000 dieser Worte benutzt, aber die Bildung neuer macht große Fortschritte, und täglich werden neue Ausdrücke geprägt, die das britische Englisch nicht kennt.

Massensterben von Arbeiterinnen durch Radium. Ein geheimnisvolles Massensterben von Fabrikarbeiterinnen in dem Betriebe der United States Radium-Corporation in Newark und Orange im Staate New Jersey hat jetzt eine eigenartige Aufklärung gefunden. Der Tod der Mädchen erfolgte durch Einwirkung von Radium, das trotz sehr kleiner Mengen so schreckliche Folgen hatte. Die jungen Fabrikarbeiterinnen waren damit beschäftigt, an Taschenuhren die Ziffern durch Bestreichen mit Radiumfarbe leuchtend zu machen, so daß sie auch im Dunkeln zu erkennen sind. Die Farbe wird mit einem Pinsel aufgetragen. Um diesen für die feine Arbeit recht spitz zu formen, haben die Mädchen die Gewohnheit, die Pinselspitze zwischen die Lippen zu nehmen. Ein Zahnarzt, der eines der Mädchen wegen Zahnschmerzen in Behandlung gehabt hatte, stellte einen rätselhaften Knochenbruch und am Unterleib seiner Patientin fest. Schließlich erlag das Mädchen der stets weiter um sich greifenden Krankheit, und es fand die Sektion statt, der der Zahnarzt beizuhelfen. Dieser machte die überraschende Entdeckung, daß einige Röntgenstrahlen im Dunkeln Licht ausstrahlten. Die Erscheinung führte nach der „Umjah“ darauf, die Ursachen der Erkrankung in der Beschäftigung des Mädchens in erwähntem Betriebe zu vermuten und zugleich die fürchterliche Gefahr zu erkennen, die in jener Beschäftigung liegt. Mit einem Male war die Ursache des Todes von sieben Mädchen, die, wie von einer rätselhaften Epidemie dahingerafft, gestorben waren, aufgeklärt und der Grund der Erkrankung dreier weiterer, dem Tode nahen jungen Arbeiterinnen erkannt. Einleitend steht man den Radiumvergiftungen hilflos gegenüber. Die durch die Lippen und den Speichel dem Körper zugeführten Teilchen Radium bewirken bei den Patienten ausfallende Blässe und Müdigkeit; später bilden sich äußerst schmerzhaft abgeflachte und schmerzhaftes Dahinsiechen.

Die letzte Witwenverbrennung in Indien. Ein Fall religiösen Fanatismus, der sich vor einiger Zeit in Kalkutta, dem britischen Basenstaat in Ostindien ereignete, hat die Engländer bestimmt, ein Gesetz zu erlassen, das die einem uralten religiösen Aberglauben huldigenden Fanatiker mit schwerer Strafe bedroht. Der neueste Schritt der Engländer in dem Kampf gegen den indischen Fanatismus gibt Gelegenheit, an die letzte Witwenverbrennung großen Stills

